

GSW unterstützen „Allianz für Klimaschutz“ – Appell der Stadtwerke an die Bundespolitik

Rund 60 Stadtwerke und Regionalversorger aus ganz Deutschland, darunter auch die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen, haben die „Stadtwerke-Allianz für Klimaschutz“ ins Leben gerufen. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren sie an die aktuelle und zukünftige Bundespolitik, den deutschen Klimaschutzziele wieder die notwendige politische Bedeutung in der Energiewende beizumessen.



GSW-Sitz in Kamen

Für die beteiligten Stadtwerke ist Klimaschutz ein entscheidender Teil ihres Daseinsvorsorge-Auftrags. Darum haben viele Stadtwerke in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen für das Gelingen der Energiewende geleistet. Dieses Engagement werde durch die derzeitigen Rahmenbedingungen bestraft. „Schon seit Jahren engagieren wir uns für den Klimaschutz vor Ort. Wir entwickeln zudem neue Projekte, um die lokale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu steigern. Über ein Pachtmodell treiben wir den Bau von Photovoltaik-Anlagen in unserem Versorgungsgebiet voran. Teile unseres Wärmenetzes versorgen wir mit dem in unseren Regionen nutzbaren Grubengas. Im Bereich E-Mobilität setzen

wir uns für den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur ein. Jetzt werden unsere Investitionen gleich doppelt bestraft: Wir werden die angestrebten Klimaziele nicht erreichen und können unserem Auftrag für das Gemeinwohl nur noch schwer nachkommen“, so GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexel zu der Beteiligung an der Initiative.

Aus Sicht der Unterzeichner der Stadtwerke-Allianz spielen energiepolitische Themen in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien eine viel zu geringe Rolle. Darum will die breite Allianz aus Stadtwerken dies im aktuellen Wahlkampf stärker in den Vordergrund rücken. Die Stadtwerke fordern zusätzliche effektive Klimaschutzinstrumente ergänzend zum Emissionshandel, verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für moderne Kraftwerke als Brückentechnologie ins regenerative Zeitalter sowie sinnvolle Konzepte für die lokale Verbindung von Energie, Wärme und Verkehr. Im Bereich der Digitalisierung soll darüber hinaus die Rolle der kommunalen Unternehmen gestärkt werden, um sensible Daten nicht allein multinationalen Konzernen zu überlassen und passende Angebote für eine moderne Daseinsvorsorge entwickeln zu können. „Wir sind bereit, mit unserer lokalen Verankerung und der Nähe zu den Menschen vor Ort weiterhin unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten“, so Baudrexel weiter, „aber dafür brauchen wir die erforderliche politische Rückendeckung.“